

Änderungsantrag
des Fachausschusses EU-Angelegenheiten
Landesverband SPD Berlin
zum Bremer Entwurf eines neuen SPD-Grundsatzprogramms

Der Landesparteitag möge beschließen:

Der „Bremer Entwurf“ wird in den genannten Textstellen wie folgt geändert:

Kapitel 4 Unsere Ziele, unsere Politik

Kapitel 4.1 Eine friedliche, freie und gerechte Weltordnung

S. 21, Tz 3 wird nach den Worten „...*Weltwirtschaftsordnung öffnen.*“ eingefügt:
Die Schaffung eines ordnungspolitischen Rahmens für die internationalen Kapitalströme ist dabei besonders durch die EU voranzutreiben.

S. 21, Tz 16 wird nach den Worten „...*schließlich beenden.*“ eingefügt:
Die EU muss hierbei die Rolle einer Wegbereiterin übernehmen.

Kapitel 4.2 Das soziale und demokratische Europa

S. 22, Tz 16-17 vor den Worten „*Unsere Vorstellungen...*“ erhält durch Hinzufügung folgende Fassung:

Unser Leitbild ist eine politische Union im Sinne der „Vereinigten Staaten von Europa“. Für uns ist Europa eine demokratische und soziale Wertegemeinschaft, nicht nur ein Wirtschaftsraum.

S. 22, Tz 25-26 vor den Worten „*Wir wollen ein tolerantes...*“ wird „, wenn sie in Not geraten.“ ersatzlos gestrichen.

S. 22, nach Tz 38 wird als neuer Absatz eingefügt:
Entsprechend den Beispielen der Euro-Zone und des Schengen-Abkommens ist das Vorschreiten einzelner Staatengruppen im Sinne des gemeinsamen Leitbildes zu ermöglichen. In keinem Fall darf die verstärkte Zusammenarbeit zu einer Spaltung der Gemeinschaft führen und der angestrebten föderalen Verfasstheit der EU zuwiderlaufen. Daher muss das Ziel der Regelungen der verstärkten Zusammenarbeit stets die Überführung in allgemeines Gemeinschaftsrecht sein.

Friedensmacht Europa

S. 22, nach Tz 52 wird als neuer Absatz eingefügt:
Die europäische Sicherheits- und Verteidigungspolitik muss vorrangig der zivilen Krisenprävention verpflichtet sein. Ebenso hat sich die militärische Krisenprävention am Leitbild einer europäischen Friedenspolitik zu orientieren.

S. 23, nach Tz 22 wird als neuer Absatz eingefügt:

Das sozialdemokratische Leitbild einer politischen Union bildet für uns die Orientierungsgrundlage für Entscheidungen über das ob und wie künftiger Erweiterungsschritte. Die Eröffnung weiterer Beitrittsperspektiven bedarf eines breiten Konsenses, in den auch die Bevölkerung einzubeziehen ist.

S. 23, nach Tz 41 wird als neuer Absatz eingefügt:

Die Sozialdemokratie lehnt eine Festung Europa ab. Als Wertegemeinschaft muss die Europäische Union auch der Verantwortung gegenüber den Menschen gerecht werden, die außerhalb des Kontinents in schlechteren Umständen leben. Daher tritt die Sozialdemokratie neben entwicklungspolitischen Maßnahmen und einer europäischen Asylpolitik auch für eine europäische Einwanderungs- und Integrationspolitik ein, die den Menschen in den Mittelpunkt stellt.

Das soziale Europa

S. 24, Tz 8-9 nach den Worten „...und weiterentwickeln.“ und vor den Worten „Diese sollen faire...“ erhält nach Streichung des Wortes Tz 9 „*Mindeststandards*“ folgende Fassung:

Wir wollen Sozialsysteme nicht vereinheitlichen, sondern uns auf gemeinsame Standards und Regeln verständigen.

S. 24, Tz 20 wird nach den Worten „...und ausbauen.“ eingefügt:

Die Gewerkschaften sind der Sozialdemokratie ein wichtiger und unersetzlicher Partner bei der Verwirklichung des sozialen Europas.

S. 24, Tz 23-27 nach den Worten „...ersetzt wird.“ und vor den Worten „Wer im europäischen...“ erhält nach Streichung der Wörter Tz 26 „*ein Mindestmaß an*“ folgende Fassung:

Damit dies vereinbart werden kann, fordern wir einen sozialen Stabilitätspakt. Hierzu schlagen wir Korridore für Sozial- und Bildungsausgaben gemessen an der jeweiligen wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit vor. Diese gewährleisten eine angemessene soziale Sicherung und Investitionen in Bildung und Ausbildung.

S. 24, nach Tz 36 wird als neuer Absatz eingefügt:

Damit die EU ihre eigenen Aufgaben erfüllen kann und die Ausgabenverantwortung der EU-Gremien gestärkt wird, ist längerfristig eine eigene EU-Steuer sinnvoll. Die Aufkommensneutralität muss gewährleistet sein.

S. 24, Tz. 44 wird vor den Worten „*Die Anhebung...*“ eingefügt:

Der Erfolg des gemeinsamen Wirtschafts- und Sozialmodells ist eng an die innere Kohärenz der EU geknüpft. Der Angleichung der wirtschaftlichen Entwicklung und der Lebensverhältnisse muss daher weiterhin hohe Priorität eingeräumt werden.

S. 25, nach Tz 16 wird als neuer Absatz eingefügt:

Wir wollen ein Europa, das zukünftigen Generationen eine nachhaltige Lebensperspektive bietet. Die Entwicklung einer ökologischen Industrie- und Verbraucherpolitik muss dabei als sozialdemokratische Antwort auf die Herausforderungen von Klimawandel und Umweltzerstörung auch auf europäischer Ebene vorangetrieben werden. Hierdurch entstehen Impulse für Wirtschaft, Beschäftigung, Forschung und Technologie.

S. 25, Tz 25-30 vor den Worten „*Die europäische Zentralbank...*“ erhält nach Streichung des Satzes Tz 29-30 „*Darum plädieren wir für eine stärkere Koordinierung zwischen den Staaten die den Euro eingeführt haben.*“ folgende Fassung:

Um wirtschaftliche Dynamik zu fördern, Stabilität zu sichern und die soziale Dimension der EU in den Mitgliedsstaaten zu verwirklichen, brauchen wir verbindliche makroökonomische Zielvorgaben und eine darauf abgestimmte Wirtschafts-, Finanz-, Geld- und Sozialpolitik in der Europäischen Union.

Das demokratische Europa

S. 25, Tz 44-47 nach den Worten „...*Demokratie zu bauen*“ erhält nach Streichung des Satzes Tz 45-47 „*Sie weist den Weg zu einer Exekutive der Europäischen Union, die durch das Parlament gewählt und kontrolliert wird.*“ folgende Fassung:

Zur Verwirklichung unseres sozialdemokratischen Leitbildes einer politischen Union streben wir langfristig den Übergang vom heutigen Staatenverbund zur europäischen Föderation an. Eine wichtige Grundlage ist eine Europäische Verfassung. Die von uns erstrebte Demokratisierung der EU spiegelt sich in der Schaffung einer parlamentarisch verantwortlichen Regierung wider, die durch die bei gesamteuropäischen Wahlen legitimierte politische Kraft gestellt wird. Eine zweite Kammer sichert die Mitwirkung der Einzelstaaten.

S. 26, Tz 22-24 nach den Worten „...*Kommunen und Regionen.*“ erhält nach Streichung des Satzes „*Die EU muss ihre föderalen und zwischenstaatlichen Ebenen demokratisch und transparent organisieren und sie darf nur dort eingreifen, wo eine europaweite Regelung notwendig ist.*“ folgende Fassung:

Die EU muss die innere Ordnung der Mitgliedstaaten berücksichtigen.

S. 26, Tz 40 wird nach den Worten „...*für Europa ein.*“ eingefügt:

Die SPD will mit ihren europäischen Schwesterparteien mit einem einheitlichen Programm und gemeinsamen Spitzenkandidatinnen und Spitzenkandidaten zu den Europawahlen antreten.

Begründung:

Der aktuell vorliegende Bremer Programmentwurf setzt im Europakapitel einige mutige Akzente. Zu nennen sind insbesondere die Forderungen zur Einrichtung von Korridoren der Sozial- und Bildungsausgaben, zur stärkeren europäischen Koordinierung der Wirtschaftspolitiken und zur Aufstellung einer einheitlichen Bemessungsgrundlage und Mindestsätzen der Unternehmenssteuer.

Besser herauszuarbeiten sind jedoch die Konturen einer künftigen EU mit erweiterter sozial-, wirtschafts- und sicherheitspolitischer Kompetenz. Die detaillierten Reformvorhaben der vorliegenden Vorschläge spannen noch keinen Bogen zum eingangs gegebenen Versprechen eines Europas als zukunftsträchtigem Projekt, das Friedensmacht ist und zugleich ein spezifisches Gesellschafts- und Wirtschaftsmodell darstellt. Die Aneinanderreihung einzelner Reformbausteine bedarf der Ergänzung durch eine visionäre Zukunftsperspektive. Welche europapolitische Gesamtkonzeption verfolgt die deutsche Sozialdemokratie auf lange Sicht? Im Berliner Programm steht hierfür die alte, nicht weiter konkretisierte Forderung von 1925 zur Schaffung der „Vereinigten Staaten von Europa“, die im aktuellen Programmentwurf zwar aufgegriffen wird, im Europakapitel aber inhaltlich angereichert werden sollte.

Eingedenk einer notwendigen Balance zwischen konkreten Reformvorschlägen und perspektivischer Programmatik bei der Fixierung sozialdemokratischer Grundsätze, ist eine deutlichere Konturierung des Leitbildes der Europäischen Union als demokratische und soziale Wertegemeinschaft unabdingbar. Unser Anspruch muss es sein, der Partei und allen

Bürgerinnen und Bürgern eine sozialdemokratische Aussicht auf die Zukunft der EU zu unterbreiten, auf die wir langfristig und mithilfe der vorgeschlagenen konkreten Mechanismen und Politiken hinarbeiten wollen. Die politische Union haben wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten in über 50 Jahren europäischer Integration, trotz einiger gescheiterter Anläufe, nie aufgegeben. Indem wir die Gleichgewichtigkeit der sozialpolitischen und ökologischen Dimension neben dem Wettbewerbsprinzip der ökonomischen Integration fordern, kehrt diese Idee wieder. Seien wir couragiert und entwickeln die europäische Mehrebenen-demokratie konsequent sozialdemokratisch weiter! Dem Aufzeigen des möglichen Gesamt-designs der Verfasstheit unseres Kontinents, des Orientierung gebenden Leitbildes, kommt überragende Bedeutung zu, um die Bürgerinnen und Bürger neu von Europa zu überzeugen.

Im Kapitel 4.2 „Das soziale und demokratische Europa“ möchten wir folgende Punkte ergänzt wissen:

1. **Leitbild.** Die „Vereinigten Staaten von Europa“ des Heidelberger Programms von 1925 möchten wir als Leitbild einer politischen Union verwirklichen. Vom heutigen Staatenverbund ausgehend, wollen wir dazu die Europäische Union föderal weiterentwickeln. Als Basisprinzip hat die „Einheit in Vielfalt“ weiter Gültigkeit; ein europäischer Einheitsstaat wird ebenso abgelehnt wie ein loser Staatenbund. Perspektivisch verwirklicht ein institutionelles System aus Abgeordneten- und Länderkammer den demokratischen und föderalen Aufbau der EU als politische Einheit.
2. **Integrationsverlauf.** Die Perspektive der EU als eine riesige Friedens- und Freihandelszone ist aus sozialdemokratischer Sicht ungenügend. Die Ablehnung einer vertieften politischen Integration durch einzelne Staaten und Akteure wird respektiert, darf aber nicht zum Integrationsstillstand führen. Entsprechend den Beispielen der Euro-Zone und des Schengen-Abkommens ist das Voranschreiten einzelner Staatengruppen im Sinne des gemeinsamen Leitbildes zu ermöglichen. In keinem Fall darf die verstärkte Zusammenarbeit zu einer Spaltung der Gemeinschaft führen und der angestrebten föderalen Verfasstheit der EU zuwiderlaufen. Daher muss das Ziel der Regelungen der verstärkten Zusammenarbeit stets die Überführung in allgemeines Gemeinschaftsrecht sein.
3. **Regionen.** Bei der Weiterentwicklung der Kompetenzverteilung innerhalb einer europäischen Mehrebenen-demokratie ist auf eine größere Berücksichtigung der Regionen Europas zu achten. Dabei sollen sie ihre Regelungskompetenzen im Rahmen ihrer Aufgaben wahrnehmen. Den Regionen kommt eine wichtige Rolle im Rahmen einer europäischen Demokratie zu; die jeweilige Gestaltung dieser Rolle obliegt jedoch aufgrund europäischer Vielfalt den Vorstellungen in den Mitgliedsstaaten.
4. **Grenzen.** Das sozialdemokratische Leitbild einer politischen Union bildet die Orientierungsgrundlage für Entscheidungen über das ob und wie künftiger Erweiterungsschritte. Die Entwicklung enger Partnerschaften im Rahmen einer europäischen Nachbarschaftspolitik darf nicht in einen Beitrittsautomatismus münden. Die Eröffnung von weiteren Beitrittsperspektiven über das bislang geplante Maß hinaus bedarf zudem eines breiten Konsenses innerhalb der europäischen Bevölkerung, die demokratisch in diesbezügliche Entscheidungen einzubinden ist.
5. **Wirtschafts- und Sozialmodell.** Zur Vollendung des gemeinsamen Wirtschafts-, Währungs- und Sozialraumes gehört auch eine verbindliche Verzahnung der Wirtschafts-, Finanz- und Sozialpolitiken im Rahmen unseres Leitbildes, die über eine bloße Koordinierung hinausgeht. Parallel hierzu stellt die Korridorbildung für Sozialausgaben entsprechend der individuellen ökonomischen Entwicklungsniveaus der Mitgliedstaaten der EU den ersten Schritt zum Aufbau eines allgemeinverbindlichen sozialen Stabilitätspaktes dar. Hierin verpflichten sich die Mitgliedstaaten auf die Einrichtung gemeinsamer qualitativer Standards in der Gestaltung ihrer sozialen Sicherungssysteme, die mehr als nur ein Mindestschutz sein sollen. Der Erfolg des gemeinsamen Wirtschafts- und Sozialmodells ist eng an die innere Kohärenz der EU

geknüpft. Der Angleichung der wirtschaftlichen Entwicklung und der Lebensverhältnisse muss daher weiterhin hohe Priorität eingeräumt werden. Die Gewerkschaften sind der Sozialdemokratie ein wichtiger und unersetzlicher Partner bei der Verwirklichung des sozialen Europas.

6. **Migration.** Die Sozialdemokratie lehnt eine Festung Europa ab. Die Europäische Union muss aufgrund ihrer Werte und Überzeugungen auch der Verantwortung gegenüber den Menschen gerecht werden, die außerhalb des Kontinents in schlechteren Umständen leben. Daher tritt die Sozialdemokratie neben einer europäischen Asyl- auch für eine europäische Einwanderungs- und Integrationspolitik ein, die den Menschen in den Mittelpunkt stellt.
7. **Ökologie.** Wir wollen ein Europa, das zukünftigen Generationen eine nachhaltige Lebensperspektive bietet. Die Entwicklung einer ökologischen Industrie- und Verbraucherpolitik muss dabei als sozialdemokratische Antwort auf die Herausforderungen von Klimawandel und Umweltzerstörung und im Sinne neuer Impulse für Wirtschaft, Beschäftigung, Forschung und Technologie vorangetrieben werden. Um globale ökologische Verbesserungen erreichen zu können, ist ein gesamteuropäisches Vorgehen unerlässlich.
8. **Sicherheits- und Verteidigungspolitik.** Eine Europäische Sicherheits- und Verteidigungsunion muss vorrangig dem Ziel der zivilen Krisenprävention verpflichtet sein. Ebenso hat sich die Ausgestaltung der militärischen Krisenprävention durch eine gemeinsame europäische Armee am Leitbild einer genuin europäischen Friedenspolitik zu orientieren.
9. **Einnahmen.** Damit die EU ihre eigenen Aufgaben erfüllen kann und die Ausgabenverantwortung der EU-Gremien gestärkt wird, ist auf lange Sicht eine eigene EU-Steuer sinnvoll. Die Aufkommensneutralität muss gewährleistet sein.
10. **Europäische Sozialdemokratie.** Neben dem Einsatz für die Erarbeitung eines sozialdemokratischen Grundsatzprogramms für Europa, will die SPD mit ihren europäischen Schwesterparteien mittelfristig mit einem einheitlichen Programm und gemeinsamen Spitzenkandidatinnen und Spitzenkandidaten zu den Europawahlen antreten.

Im Kapitel 4.1 „Eine friedliche, freie und gerechte Weltordnung“ soll die EU besondere Erwähnung finden bei folgenden Themen:

11. **Internationale Kapitalströme.** Die Schaffung eines ordnungspolitischen Rahmens für die internationalen Finanzmärkte muss besonders durch die EU vorangetrieben werden.
12. **Entwicklungspolitik.** Der EU kommt bei der Umsetzung größerer Gerechtigkeit im Welthandel die Rolle eines Wegbereiters zu.

*Verabschiedet durch den Fachausschuss Europa
in seiner Sitzung am 27. März 2007 in Berlin.*